

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 96 848 pbbn d



Inhalt

36. Jahrgang / 240.

16. Dezember 1981

Hans Urbanik MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Ausländische Arbeitnehmer" der SPD-Bundestagsfraktion, würdigt die ZdK-Erklärung zur Integration ausländischer Arbeitnehmer. Seite 1

Wolf-Michael Catenhusen MdB hat Zweifel am Schnellen Brüter: Nicht um jeden Preis. Seite 3

Harald B. Schäfer MdB fordert ein klares Bekenntnis der EVU zum Schnellen Brüter: Nicht akzeptable Bedingungen. Seite 4

Georg Schlaga MdB fragt, was die DGFK falsch gemacht hat: Zurückhaltend wie kein Unionspolitiker. Seite 5

Georg Bamberg MdB zu öffentlichen Geldlöhnen: Wie die Pickelhaube zur Atombombe. Seite 6

Volkmar Kretkowski MdB für Notrufsäulen. Seite 7

Volkmar Neumann MdB: Wächst in Pakistan ein neues "Palästinenserproblem"? Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Katholiken für mehr Verständnis für Ausländer

In den C-Parteien wird dagegen eine "schärfere Gangart" gefordert

Von Hans Urbanik MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Ausländische Arbeitnehmer der SPD-Bundestagsfraktion

Die Integration der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland ist ein Gebot der Humanität, aber auch der praktischen politischen Vernunft. Jeder, der es wissen will, kann nachrechnen: Wenn die Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer nicht vorankommt, wird sich der Arbeitsmarkt weiter aufspalten. Heute besuchen weniger als fünf Prozent der Ausländer-Kinder eine weiterführende Schule. Kaum ein Drittel tritt in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis ein - wenn es dabei bliebe, dürfte 1990 ein gutes Viertel der Arbeiter unter 35 Jahren aus Personen mit mangelhaften Deutschkenntnissen, ohne schulischen Abschluß und ohne berufliche Qualifikation bestehen. Welche Auswirkungen das haben müßte, kann man heute bereits in anderen Ländern studieren.

Die Politik für und gegen ausländische Arbeitnehmer wird in jüngster Zeit verstärkt kontrovers diskutiert. Wer, wie maßgebliche Vertreter der CDU/CSU, eine "schärfere Gangart" fordert, glaubt den Zeitgeist auf seiner Seite zu haben. Von besonderer Verantwortung zeugt diese Haltung aber nun wirklich nicht. Deshalb ist es begrüßenswert, daß sich das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken zu Wort gemeldet hat, um für mehr Verständnis für die ausländischen Kollegen zu werben. Die Katholiken fordern eine wirksame Verbesserung bei der vorschulischen, schulischen und beruflichen Bildung ausländischer Kinder und Jugendlicher. Es liegt in der Tat im Gesamtinteresse der Bundesrepublik Deutschland, daß ausländische Kinder bessere Bildungschancen erhalten. Appelle allein, so heißt es weiter, könnten aber nicht gegen "in-



stinktive Abwehrreaktionen" helfen. Um so schlimmer ist, daß derartige Reaktionen von Politikern der CDU/CSU auch noch gefüttert werden.

Die Erklärung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken beschreibt die Gegenposition zu dem in der CDU/CSU vorbereiteten Entschließungsantrag zur Ausländerpolitik. Die Unionspolitiker Dregger, Spranger und Co. legen sich mit ihrer Forderung nach "schärferer Gangart" direkt mit den Katholiken an. Wer die Familienzusammenführung pauschal ablehnt, und den hier geborenen und aufgewachsenen Ausländerkindern die Einbürgerung verweigern will, muß von dieser Seite her Ärger bekommen. Vielleicht ist das auch der Grund, warum der in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorbereitete Entschließungsantrag noch nicht fertiggestellt werden konnte. Das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken hat jedenfalls keinen Grund, den Unionspolitikern die Ausländerfeindlichkeit durchgehen zu lassen.

Die Koalitionsfraktionen haben am 9. Dezember einen detaillierten Antrag zur Ausländerpolitik eingebracht. Die Bundesregierung hatte bereits Mitte November neue Beschlüsse zur Ausländerpolitik gefaßt, die die erklärte Absicht beinhalten, die sozial verantwortliche Ausländerpolitik fortzusetzen. Natürlich muß es darum gehen, die Zuwanderung von Ausländern aus Staaten, die nicht der EG angehören, auf ein vertretbares Maß zu begrenzen. Solche Maßnahmen entspringen aber keinesfalls einer Ausländer- oder Familienfeindlichkeit, sondern haben das Ziel, die soziale Integration der sich legal in unserem Land aufhaltenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen zu sichern. Für uns kommt es darauf an, die Integration der zweiten Ausländergeneration zu fördern und die Einbürgerung der in der Bundesrepublik aufgewachsenen Ausländer zu erleichtern. Natürlich müssen auch die Ausländer bereit sein, unsere Rechtsordnung zu achten und zu befolgen und in unsere Lebensordnung hineinzuwachsen. Das schließt aber die Offenheit für kulturelle Begegnung ein. Die CDU/CSU wendet sich gegen eine Entwicklung zum "Vielvölker-Staat". Das ist am Thema vorbeipolemisiert. Die Integration der Ausländer praktisch zu ermöglichen, ist eine der wichtigsten Punkte. Die Integration schließt nicht aus, daß die praktische Möglichkeit erhalten bleibt, das Kulturgut des jeweiligen Herkunftslandes im Rahmen unserer Rechtsordnung zu bewahren.

(-/16.12.1981/ks/ca)

+ + +



Nicht um jeden Preis

Der Weiterbau des Schnellen Brütters ist ernsthaft in Zweifel zu ziehen

Von Wolf-Michael Catenhausen MdB

Mitglied im Bundestagsausschuss für Forschung und Technologie

Seit 1960 sind für die Entwicklung des Schnellen Brütters aus Bundesmitteln insgesamt 3,5 Milliarden aufgewandt worden. Für den Bau des SNR-300 in Kalkar, dessen Baukosten mittlerweile die Sechs-Milliarden-Grenze erreicht haben, hat der Bund schon 1,5 Milliarden DM investiert. Weitere 2,7 Milliarden staatlicher Beteiligung sind notwendig. Auch angesichts der bisherigen Weigerung eines Teils der Energie-Versorgungsunternehmen zur Erhöhung ihres Kostenanteils von bisher 7,8 Prozent der Gesamtkosten stellt sich die Frage, ob nicht jetzt ein Punkt erreicht ist, wo nüchtern Kosten und Nutzen der Förderung dieser fortgeschrittenen Reaktorlinie abgewogen werden müssen.

Es muß heute ernsthaft bezweifelt werden, ob sich die Hoffnungen, die in den 50er und 60er Jahren auf diesen Reaktortyp gesetzt wurden, in den nächsten Jahrzehnten überhaupt erfüllen lassen.

1. Der Schnelle Brüter wird die Rentabilitäts-Schwelle vor dem Jahr 2010 nicht erreichen, wenn überhaupt. Skepsis ist hier am Beispiel der französischen Entwicklung angebracht. Die Stromkosten des Super-Phenix sind doppelt so hoch wie die eines Leichtwasserreaktors.
2. Die Bundesrepublik Deutschland ist im Unterschied zu den meisten anderen Ländern, die an der Entwicklung dieser Technologie interessiert sind, nicht an der Plutonium-Erzeugung aus militärischen Gründen interessiert.
3. Angesichts der besonderen Sicherheitsrisiken könnte der Schnelle Brüter nie in nennenswertem Umfang exportiert werden.
4. Angesichts der Tatsache, daß die gigantischen Erwartungen an den Einsatz der Kernenergie in den nächsten Jahrzehnten weder in der Bundesrepublik noch in den meisten anderen Industrieländern Wirklichkeit werden dürften, ist das Szenario einer schnellen Uran-Knappheit nicht realistisch. Nur ein derartiges Szenario würde ökonomisch den Schnellen Brüter rechtfertigen.

Es ist deshalb mehr als problematisch, im großtechnischen Maßstab eine Technologie zu entwickeln, für die frühestens in 30 Jahren, wenn überhaupt, eine wirtschaftliche Notwendigkeit bestehen könnte. Denn dafür müßte der Staat in unserem Lande auch für Jahrzehnte eine finanzielle Last übernehmen, die seine Kräfte übersteigt.

Bietet in dieser Situation eine "administrative Lösung" zum Auffangen der Kostenexplosion einen Ausweg? Ich sehe erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine Finanzierung dieser Technologie durch einen "Brüterpfennig".

Muß aber dennoch der Schnelle Brüter zuendegebaut und in Betrieb genommen werden? Wäre nicht das Scheitern eines solchen Großprojekts Symbol für die "Technikfeindlichkeit" in der Industriegesellschaft Bundesrepublik? Ich sehe diese Gefahren nicht, wenn eine politisch/ökonomische Abwägung von Nutzen und Risiken dieser Großtechnologie vorgenommen wird. Die Entscheidung gegen ein massives staatliches Engagement beim Schnellen Brüter wäre zugleich eine Entscheidung für eine noch stärkere Förderung aller Technologien, die einen kurzfristigen Beitrag zur Lösung unserer Energieprobleme durch bessere Energieeinsparung und Substitution von Öl leisten können. Dies wäre eine sinnvolle Priorität bei knappen öffentlichen Kassen.

(-/16.12.1981/ks/ea)

+ + +



Nicht akzeptable Bedingungen

Die EVU müssen ihr Interesse am Schnellen Brüter schon klar machen

Von Harald B. Schäfer MdB

Vorsitzender der Enquête-Kommission "Zukünftige Kernenergiepolitik"

Am 23. September 1981 hat die Bundesregierung in ihrem Beschluß zur Finanzierung des schnellen Brutreaktors in Kalkar eine verstärkte finanzielle Beteiligung der Elektrizitätswirtschaft in Höhe von rund 1,1 Milliarden DM an den auf über fünf Milliarden DM gestiegenen Gesamtkosten des SNR 300 gefordert.

Die großen süddeutschen Energieversorgungsunternehmen (EVU) lehnen zur Stunde jede finanzielle Beteiligung ab. RWE, Preußenelektra und Nordwestdeutsche Kraftwerke haben sich bereit erklärt, zusammen 547,2 Millionen DM für die Mitfinanzierung des Brütlers aufzubringen. Die Zusagen sind freilich an nicht akzeptable Voraussetzungen gebunden, wie eine Antwort des Bundesforschungsministers auf eine Parlamentarische Anfrage zeigt. Die Bedingungen der EVU sind unter anderem:

- Der Vorbehalt des Deutschen Bundestag zur Betriebsnahme des SNR-300 muß ausgeräumt ein.
- Alle Teilerrichtungsgenehmigungen für den SNR-300 müssen - sofort vollziehbar - vorliegen.
- Die zusätzlichen Zahlungen werden eingestellt, wenn auf Grund der erwarteten Empfehlungen der Enquête-Kommission zur weiteren Brüternutzung keine Folgeanlagen gebaut werden können.

Mit diesen Bedingungen wird Druck auf Parlament und Regierung ausgeübt. Ihre Annahme würde sachgerechte und verantwortliche Entscheidungen präjudizieren beziehungsweise vorwegnehmen. Wer könnte sich zum Beispiel bereits heute auf die endgültige kommerzielle Brüternutzung festlegen, wo viele Fragen des Risikos, der Sicherheit, der Wirtschaftlichkeit, der internationalen Verträglichkeit nicht beziehungsweise nicht hinreichend beantwortet sind! Wer will heute - bei Beachtung der atomrechtlichen Bestimmungen - sich auf die Erteilung aller Teilerrichtungsgenehmigungen und ihrer sofortigen Vollziehbarkeit festlegen können! (Zumal derzeit nicht abzusehen ist, ob die Korrosionsschäden beim Reaktortank dauerhaft beseitigt werden können.)

Die SPD-Bundestagsfraktion bleibt dabei: Der Schnelle Brutreaktor soll unter angemessener finanzieller Beteiligung der EVU zu Ende gebaut werden. Über seine mögliche Inbetriebnahme wird nach termingerechter Empfehlung der Enquête-Kommission vom Bundestag politisch entschieden. Ein Baustopp oder eine Stilllegung des Kalkar-Projekts würde eine unbestreitbare Signalwirkung für die weitere Nutzung der Kernenergie haben. Bleibt es bei der Haltung der EVU in der Finanzierungsfrage, wird das darin zum Ausdruck kommende Desinteresse an der weiteren Brüterentwicklung von Politik und Öffentlichkeit entsprechend verstanden werden.

(-/16.12.1981/ks/ca)

+ + +



Was hat die DGFK falsch gemacht?

Zurückhaltend wie kein Unionspolitiker

Von Georg Schlaga MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises für Außen- und Sicherheitspolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Mitglied des Kuratoriums der "Deutschen Gesellschaft für Friedens- und
Konfliktforschung" (DGFK)

Die DGFK ist die sehr angesehene "Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung", die 1970 auf Initiative von Gustav Heinemann gegründet wurde.

Die Bundesländer sind Mitglieder der Gesellschaft. 1979 und 1980 sind mit frei erfundenen Vorwürfen die unionsregierten Bundesländer Bayern und danach Niedersachsen aus der Gesellschaft ausgetreten.

Die CDU/CSU-regierten Länder hatten Mitspracherecht in der Vergabekommission der Gesellschaft. Sie machten jedoch von der Möglichkeit, an den Sitzungen teilnehmen zu können und von ihrem Mitspracherecht nur sehr sparsam Gebrauch. Dann forderten sie unter Drohungen nicht nur Sitz sondern auch Stimme in der Vergabekommission. Auf diesen Trick fiel das Kuratorium auch noch herein und gewährte die Stimme.

Bayern und Niedersachsen traten aber trotzdem aus. Es ging ihnen also gar nicht um das Stimmrecht, sondern die ganze Richtung paßte ihnen nicht. "Friedensforschung, Konfliktursachenforschung, wen interessiert das schon - außer den Linken?" so äußerte sich mir gegenüber ein Oppositionsmitglied.

Nun trat im November 1981 auch Baden-Württemberg aus. Folgerichtig, denn hier läuft eine von den schwarzen Ländern gesteuerte Aktion. Höhepunkt dieser Kampagne: Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag stellte jetzt im Haushaltsausschuß den Antrag auf Streichung aller Bundesmittel für die DGFK. Die Koalition schlug diesen skandalösen Anschlag ab.

Die friedensbewußte und -bewegte Öffentlichkeit reagierte auf diese Friedensdemontage der CDU/CSU so gut wie gar nicht. Ich bin darüber sehr betroffen. Auch die Regierung - außer Bundesminister von Bülow - reagierte nicht. Einzig Willy Brandt machte in der Debatte am Donnerstag, den 3. Dezember seiner Empörung Luft.

Hat die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung etwas falsch gemacht?

Ja, wohl zwei Dinge:

1. Vorstand und Kuratorium waren zu nachsichtig und zu gutgläubig gegenüber der durchsichtigen Taktik der CDU/CSU-Bundesländer. Außerdem neigen hochkarätige Wissenschaftler (die in großer Zahl in der Gesellschaft mitarbeiten) nicht dazu, im parteipolitischen Tageskampf mitzustreiten. Die Vertreter der CDU/CSU-regierten Länder in den Gremien der Gesellschaft kennen dagegen diese vornehme Art der Zurückhaltung nicht.
2. Die DGFK macht zuwenig wirksame Öffentlichkeitsarbeit. Dies vornehmlich deshalb, weil sie zu wenig Geld hat. Denn der Etat der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung liegt bei cirka vier Millionen DM im Jahr. Das ist viel weniger, als zur Zeit ein Panzer vom Typ Leopard 2 kostet. (-/16.12.1981/ks/ca)

+ + +



Wie die Pickelhaube zur Atombombe

Passen öffentliche Gelöbnisse zu einer demokratischen Bundeswehr?

Von Georg Bamberg MdB

Vermeehrt greift die Bundeswehr allenthalben in unserem Lande die Form von Gelöbnisfeiern in der Öffentlichkeit wieder auf. Schützenkompanien und andere Vereinigungen - Relikte aus einer längst vergessen geglaubten Bürgerwehrzeit - bilden oftmals den Rahmen für diese Schauspiele. Gerade in Alt-Bayern stilisieren die Standortkommandeure diese Form der Vereidigung der Soldaten zur Existenzfrage hoch.

Während das öffentliche Gelöbnis den einen ihr ureigenes Anrecht auf Traditionen bedeutet, ist dies für die anderen eine nicht mehr hinnehmbare Provokation. Ein Thema, das auch in der politischen Auseinandersetzung häufig emotionell überfrachtet wird. "Der Dienst in der Bundeswehr, demokratisches Bewußtsein und Tradition", wie es der Bundesverteidigungsminister Hans Apel auf einer Diskussion kürzlich formulierte, mahnen jedoch zu einer Versächlichung. In diesem Sinne muß zunächst die Grundsatzfrage gestellt werden, wieweit Anspruch (auf Tradition) und Wirklichkeit (einer demokratischen Bundeswehr) miteinander in Harmonie zu bringen sind.

Dies zu tun habe ich versucht, indem ich auf eine Einladung zur Teilnahme an einer öffentlichen Gelöbnisfeier dem Standortkommandeur nachfolgende Gedanken vermittelt habe:

"Ich gehöre bekanntlich zu denen, die den staatsbejahenden jungen Menschen in unserem Land, welche sich aus Sorge um den Frieden in friedlichen Demonstrationen als 'emotionale' Friedensbewegung, als Mahner verstehen, Respekt bezeugen. Und ich halte es nicht für einen Widerspruch, gerade in der Bundeswehr die reale Friedensbewegung in unserem Lande zu sehen. Dies habe ich der Truppe durch meine Anwesenheit bei den verschiedensten Gelegenheiten bezeugt, auch - dies möchte ich nicht verhehlen - wenn ich durch einige Vorgänge in den letzten Monaten etwas irritiert wurde.

Mein Selbstverständnis von einer modernen Armee, vom Soldaten als demokratischen Bürger in Uniform, führt mich jedoch bei allem Verständnis für das Anrecht auf Traditionen auf die Suche nach neuen Formen von Gelöbnissen. Die bisherige Form öffentlicher Gelöbnisse paßt nach meiner Meinung zu einer demokratischen Bundeswehr wie die Pickelhaube zur Atombombe.

Die Bundeswehr sollte es nicht mehr nötig haben, solche mit manch schlimmer Erinnerung befrachteten preußischen Traditionen unter allen Umständen weiter zu pflegen. Deshalb kann es auch keine Herabwürdigung der Bundeswehr sein, wenn die politisch Verantwortlichen in unserem Lande einfachere und schlichtere Formen der Soldatenvereidigung einführen."

Auch die demokratische Fortentwicklung ist Teil des Auftrags der Bundeswehr, ein Auftrag vor allem an die innere Führung.
(-/16.12.1981/ks/ca)

+ + +



Bundesländer gefordert

Notrufsäulen sollen Menschenleben retten

Von Volkmar Kretkowski MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

Notrufsäulen an Straßen können unter Umständen Menschenleben retten. Aus diesem Grunde hat der Deutsche Bundestag am 2. Dezember 1971 einstimmig eine Entschließung seines Ausschusses für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen angenommen, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, "darauf hinzuwirken, daß nicht nur die Bundesautobahnen, sondern auch Bundesstraßen sowie Landstraßen und andere Straßen in dünnbesiedelten Gebieten in angemessenen Abständen mit Notrufmeldern ausgerüstet werden."

Nun sieht es jedoch so aus, daß zwar bei Bundesautobahnen Streckenfernsprechkabel vorhanden sind, jedoch nicht an Bundesstraßen und sonstigen Straßen. Deshalb ist es schwierig, dort ein in Betrieb und Technik einheitliches Notmeldesystem aufzubauen.

Bisher sind - fast nur von privater Seite - mehr als 1.800 Notmeldeeinrichtungen in Betrieb genommen worden. Dabei handelt es sich um Zusatzeinrichtungen zu Hauptanschlüssen des öffentlichen Fernsprechnetzes.

Da der Verbesserung des Rettungswesens eine erhebliche Bedeutung zukommt, hat der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen mit der 16. Verordnung zur Änderung der Fernmeldeordnung inzwischen das Notruftelefon eingeführt. Somit ist es nun Sache der Träger des Notrufes - also der Bundesländer - bei der Deutschen Bundespost entsprechende Anträge auf Einrichtung von Notruftelefonen zu stellen. Diese Notruftelefone sind Bestandteile des Notrufsystems 73.

Für die Vielfalt der von unterschiedlichen privaten Trägern eingerichteten Notmeldeeinrichtungen an anderen Straßen als Bundesautobahnen, ist in Artikel 12 Absatz 2 der Verordnung eine Übergangsregelung vorgesehen, nach der die bestehenden Einrichtungen unbeschränkt weiterbetrieben werden können. Sie können auch verlegt oder gekündigt werden und an einem anderen Ort weiterbetrieben werden, solange dies gewünscht wird. Die Neuanschließung noch nicht in Betrieb befindlicher Notrufmelder ist allerdings bis zum 31. Dezember 1981 befristet, um die Einführung des neuen Notruftelefons als integrierten Bestandteil des Notrufmeldesystems 73 nicht zu verzögern.

Um die Lücken im Notrufsystem 73 zu schließen, kann ich die Bundesländer nur auffordern, möglichst zahlreiche Anträge an den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen zu stellen.

(-/16.12.1981/ks/ca)

+ + +



Uneinigkeit unter den Afghanen

Wächst in Pakistan ein neues "Palästinenserproblem"?

Von Volker Neumann MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Menschenrechts- und Flüchtlingsfragen
in der SPD-Bundestagsfraktion

Die Zahl der Flüchtlinge in Pakistan steigt weiter. Seit Mai 1981 sind allein in der Nordwest-Grenzprovinz 300.000 Flüchtlinge hinzugekommen. Insgesamt wird die Zahl von offiziellen Stellen mit 2,5 Millionen angegeben.

Befriedigt habe ich bei meinem soeben beendeten Besuch Pakistans festgestellt, daß die Versorgung der Flüchtlinge besser geworden ist. In keinem der sechs besuchten Lager in verschiedenen Bereichen ist über Nahrungsmittelmangel geklagt worden. Allerdings gibt es immer noch Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Trinkwasser sowie der medizinischen Versorgung und der für die Kinder. Die Flüchtlinge, die sich sowohl aus Land- als auch aus Stadtbevölkerung zusammensetzt, sind bei nächtlichen Temperaturen von Null Grad in Zelten untergebracht. Im Mardan-Bereich, einem Gebiet, das außer Lehm und einer zentimeterdicken feinen Staubschicht nichts bietet, leben cirka 260.000 afghanische Flüchtlinge.

Die Arbeit des Hohen Flüchtlingskommissars, des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes und der Nichtregierungs-Organisationen wird von allen Seiten gelobt. Insbesondere die UNION AID, die inzwischen 300.000 Flüchtlinge betreut und von der deutschen Initiative "Help" unterstützt wird, findet allgemein Anerkennung. Es handelt sich dabei um die einzige allein afghanische Hilfsorganisation. Hier wird das Prinzip "Hilfe zur Selbsthilfe" praktiziert.

Große Sorge macht nach Gesprächen mit führenden Widerstandskämpfern die Uneinigkeit der Afghanen. Zunehmend stellt man auch den immer größer werdenden Einfluß radikaler Gruppen fest. Bei den von Pakistani und Afghanen gemeinsam betriebenen Schulen in Flüchtlingslagern ist unverkennbar die Indoktrination der Kinder festzustellen. Hier kann möglicherweise ein neues Palästinenserproblem entstehen.

(-/16.12.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

